

## AKTUELL

## STERBEHILFE

# Das schmerzfreie Sterben

Christiane Walerich

**Die rezente Diskussion über aktive Sterbehilfe mit Ärzten im Mierscher Lieshaus zeigte, wie angstbesetzt das Thema nach wie vor ist.**

„Meine Frage ist, ob das mit dem schmerzfreien und würdigen Sterben im Rahmen der Palliativmedizin wirklich klappt?“ - „Warum soll das nicht klappen?“ - „Die Möglichkeit einer aktiven Sterbehilfe würde mir als Sterbenskranker trotzdem viel Angst nehmen ...“ So hörte sich der Schlagabtausch zwischen dem Publikum und den vom Mierscher Lieshaus geladenen Ärzten an, der am vergangenen Montag in Colmar stattfand. Thema waren das „Projet de loi sur les soins palliatifs“ der Regierung und die „proposition de loi sur le droit de mourir en dignité“ der Abgeordneten Lydie Err (LSAP) und Jean Huss (Déi

Gréng). Beide Gesetzesvorhaben stehen im nächsten Monat in der Chamber zur Abstimmung.

Deutlich wurde, dass die meisten Ärzte - auch unter jenen, die an diesem Abend in Colmar anwesend waren - anscheinend nicht bereit sind, aktive Sterbehilfe zu leisten. So hat sich das Collège médical als offizielles Organ der Ärzte klar gegen die Euthanasie ausgesprochen. „Das heißt für mich auch, dass die Majorität der Mediziner in Luxemburg gegen die Euthanasie sind“, so der anwesende Internist Frank Jacob. Stattdessen plädierte er dafür, dass jeder Einzelne sich mit der Möglichkeit einer Patientenverfügung auseinandersetzen solle. Diese enthalte, etwa im Fall eines Kommas, die persönlichen Behandlungswünsche, auch wenn letztlich der Arzt entscheide.

Begrüßt wird von allen Ärzten der Ausbau der Palliativpflege. Die Merscher Allgemeinmedizinerin Liliane Reuter glaubt, dass die Palliativmedizin zwar nach wie vor eine große Herausforderung ist: Dennoch mache sie die Diskussion um aktive Sterbehilfe obsolet. „Einer der Gründe, warum die Leute die Euthanasie wollen, ist ihre Angst vor der Realität“, so Frank Jacob. Dass es große Unsicherheiten und Ängste in der Bevölkerung gibt, das zeigte auch die kontroverse Diskussion. Angst vor dem Sterbeprozess, vor dem Leiden an sich, und auch angesichts der Frage, ob man in dieser finalen Lebenssituation nicht doch verlassen ist. „Ist unsere Gesellschaft so, wie wir uns das vorstellen? Es gibt viele ältere Leute, die alleine sind. Ich frage mich, ob wir nicht dabei sind, die Problematik zu romantisieren“, sagt Claude Adam, der als Abgeordneter von Déi Gréng, seiner Aussage gemäß wahrscheinlich für die Proposition Err-Huss stimmen will, auch wenn dies eine der schwierigsten politischen Entscheidungen sei, die er bislang zu treffen hatte.

Unter anderem gab es im Publikum Bedenken, ob die Schmerztherapie wirklich greift. Hinter dieser Sorge steckt die Angst vieler Patienten,

dass die Palliativmedizin womöglich nicht so weit entwickelt ist, wie allgemein behauptet wird. Frank Jacob widersprach dem Argument, die Palliativmedizin sei in Luxemburg unterentwickelt, weshalb die Euthanasie notwendig sei: „Wir haben hier in Luxemburg proportional mehr Palliativbetten als in jedem anderen Land auf der Welt.“

Andererseits befürchteten die Teilnehmer, dass das Gesetzesprojekt Err-Huss nicht die notwendigen Sicherheiten biete, einem Missbrauch vorzubeugen. Bezweifelt wurde etwa die Kompetenz der Kontrollkommission, die die Fälle von aktiver Sterbehilfe rechtlich begutachtet, da sie aufgrund der ärztlichen Schweigepflicht nur bedingt und erst im Nachhinein Einblick in vollzogene Euthanasiefälle bekommt. Der Colmarer Allgemeinmediziner Georges Jacobs ist davon überzeugt, dass das Gesetz über die Euthanasie Probleme schafft: Falls etwa ein Pfleger eines bestimmten Patienten überdrüssig sei, bestehe die Gefahr, dass er die Qualität der Sterbebegleitung herabsetzt, um dadurch Druck auf den Patienten auszuüben und ihn zur Euthanasie zu drängen.

## KLIMASCHUTZ

# Mogeln und gewinnen

Raymond Klein

**Was die Regierung von den CO<sub>2</sub>-Plänen der EU-Kommission hält, hat Lucien Lux dargelegt. Und damit die Prioritäten in Sachen Klimaschutz verdeutlicht.**

Dass Lucien Lux das Thema Klimaschutz am Herzen liegt, hat er am vergangenen Mittwoch gezeigt. Wenige Stunden nachdem Kommissionspräsident José Manuel Barroso seine Vorschläge in Sachen europaweite CO<sub>2</sub>-Reduktion vorgestellt hatte, kommentierte der luxemburgische Umweltminister diese auf einer Pressekonzferenz. Man müsse handeln, so Lux, denn „Business as usual“ führe zu 42 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2030 und zu einem Temperaturanstieg um bis zu sechs Grad. Auch in Luxemburg gelte es, konkrete Anstrengungen zu unternehmen, man dürfe diese Aufgabe nicht einfach den anderen überlassen.

„Der Plan der Kommission ist ein mutiger, aber richtiger Schritt, wirft aber viele Fragen auf“, so der Umweltminister. Er kritisierte, dass die Kommission das Pro-Kopf-BIP überschätzt und Luxemburg für 2020 das höchste Reduktionsziel in Europa aufgebürdet habe: minus 20 Prozent gegenüber dem Niveau von 2005. Außerdem erlaube die Kommission nur maximal drei Prozent Einsparungen via Flexible Mechanismen, bei denen im Ausland getätigte Klimaschutzmaßnahmen einem Land zugerechnet werden.

Lux führte an, dass 43 Prozent der luxemburger CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Tanktourismus stammen. „Würden wir die Spritpreise erhöhen, so würde dieser Posten massiv zurückgehen. Wir hätten unser Reduktionsziel erreicht, doch dem Klima würde das überhaupt nichts bringen“, erregte sich der Umweltminister.

Was das Ziel von elf Prozent Anteil erneuerbarer Energien (EE) am Gesamtverbrauch für 2020 angehe, habe die Kommission Luxemburg die zweitniedrigste Vorgabe in Europa gemacht. Die Regierung hatte eine Potenzialstudie erstellen lassen, die nur 4,5 Prozent EE für realistisch hielt. Positiv bewertete der Umweltminister, dass man im Ausland hergestellten grünen Strom unter bestimmten Bedingungen anrechnen könne. Schließlich zeigte er sich skeptisch gegenüber dem Kommissionsvorhaben, zehn Prozent des Treibstoffverbrauchs durch Biosprit abzudecken. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht durch Abholzen und Monokulturen einen zu hohen Preis dafür bezahlen“, warnte Lux.

Diese Haltung ist achtbar, denn hier schneidet sich der Minister ins eigene Fleisch: Je mehr Biosprit beigemischt wird, umso leichter erreicht Luxemburg, Tanktourismus sei Dank, sein EE-Ziel. In den anderen Fragen aber sind Lux' Positionen nicht so selbstlos. Das Lamentieren über die Kyoto-Rechenmethode, nach der ins Ausland verkaufter Treibstoff Luxemburgs CO<sub>2</sub>-Bilanz angelastet wird, ist nicht neu. Wie meistens „vergaß“ der Umweltminister zu erwähnen, dass im Gegenzug der nach Luxemburg eingeführte Strom zur CO<sub>2</sub>-Bilanz unserer Nachbarländer geschlagen wird.

Und dass eine Erhöhung der luxemburger Dumping-Spritpreise, laut Gesetz von Preis und Nachfrage, durchaus eine dämpfende Wirkung auf den Treibstoffverbrauch hätte.

Was das Reduktionsziel von 20 Prozent angeht, so machte Lux „böse Miene zum guten Spiel“. Erinnern wir uns: Laut Kyoto-Lastenverteilung sollte Luxemburg seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2010 um 28 Prozent gegenüber 1990 senken. Dieses Ziel hat das Großherzogtum allerdings verfehlt. Für das neue Referenzjahr 2005 wird nun der tatsächliche, also viel zu hohe, Ausstoß zu Grunde gelegt, was am Ende dazu führt, dass Luxemburgs 2020er-Ziel weniger streng ist als das ursprüngliche Ziel für 2010. Mit anderen Worten: Die EU-Kommission belohnt unser Land dafür, dass es keinen ernsthaften Klimaschutz betrieben hat.

Dass Lucien Lux sich hierüber auch noch beklagt und den Anteil der höchst umstrittenen Flexiblen Mechanismen heraufsetzen will, mag von politischem Geschick zeugen. Mit der Solidarität innerhalb der globalen Gemeinschaft und der Verantwortung für kommende Generationen, die er so gerne anführt, hat es nichts zu tun.